

## P R O T O K O L L

=====

über das Arbeitsgespräch des Herrn Bundes-  
ministers mit dem Vorsteher des EPD Bundes-  
rat GRABER am 28. Mai 1973 von 10.30 bis  
12.30 Uhr

Österreichische Teilnehmer:

Bundesminister Dr.KIRCHSCHLÄGER  
Botschafter Dr.GRUBER  
Generalsekretär Dr.WODAK  
Botschafter Dr.MARQUET  
Botschafter Dipl.Kfm.HARTL  
Botschafter Dr.ENDERL  
Botschafter Dr.STEINER  
Botschafter Dr.EISELSBERG  
Gesandter Dr.GUDENUS  
Gesandter Dr.FISCHER  
Gesandter Dr.NETTEL  
Min.Rat Dr.ZUK (BKA, Sek.V)  
Gesandter Dr.SCHALLENBERG  
Gesandter Dr.WUNDERBALDINGER  
Gesandter DDr.HINTEREGGER  
LR Dr.MISSONG

Schweizer Teilnehmer:

Bundesrat Pierre GRABER,  
Vorsteher des EPD  
Botschafter ROSSETTI  
Botschafter Prof.Dr.Rudolf  
BINDSCHEDLER  
Botschafter Charles MÜLLER  
Dr.Karl FRITSCHI  
Herr Pierre-Yves SIMONIN  
Ministre Conseiller ZIMMER-  
MANN  
Frau Botschaftssekretär  
Dr.HOFER

Der Herr Bundesminister drückte eingangs seine Freude über dieses Arbeitsgespräch, das ja nur einen Teil des permanenten Dialogs darstelle, der glücklicherweise zwischen der Schweiz und Österreich und auch zwischen den Außenministern der beiden Länder persönlich geführt werde, aus. Österreich habe an diesem Dialog größtes Interesse, weil ihm an der Gestaltung eines besonderen Verhältnisses zur Schweiz besonders gelegen sei. Der Herr Bundesminister schlug einen möglichst formlosen Gedankenaustausch vor.





- 2 -

Bundesrat GRABER dankte für die Einleitungsworte des Herrn Bundesministers und stellte fest, daß auch die Schweiz den Kontakten mit Österreich die gleiche Bedeutung beimesse. Auf seine Frage hinsichtlich der zu behandelnden Tagesordnungspunkte schlug der Herr Bundesminister die Behandlung bilateraler Fragen zuerst vor, damit anschließend den multilateralen Fragen mehr Zeit gewidmet werden könne. Er wolle mit einer etwas delikaten Frage beginnen, für die eine einvernehmliche Lösung gesucht werden sollte, nämlich mit der Frage des Kernkraftwerkes Rüthi. Nach österr. Gutachten würde die Wahl des Standortes für dieses Kraftwerk auf jeden Fall den Grundsätzen des Nachbarrechtes widersprechen. Die Frage berühre viele Menschen sehr und man sollte mit größtem Ernst und Verantwortung an das Problem herangehen.

Rüthi

Bundesrat GRABER führte dazu aus, daß beide Regierungen in dieser Frage aus internen Gründen nur eine beschränkte Bewegungsfreiheit besitzen. Wegen des wachsenden Energiebedarfs brauche die Schweiz mehr Atomenergie. Die gegen den Bau des Kraftwerkes Rüthi ins Treffen geführten Argumente gelten aber auch für andere zu errichtende Atomkraftwerke. Es sei gegenwärtig noch zu früh, sich ein abschließendes Urteil über das Kernkraftwerk Rüthi zu machen, da die Diskussionen zwischen den Experten noch nicht abgeschlossen, sondern mit größtem Ernst weitergeführt würden. Insbesondere befassten sich diese Experten mit allen Aspekten dieses Kraftwerkes, insbesondere mit seinen ökologischen, meteorologischen und hydrologischen Aspekten, dem Naturschutz etc.

Der Herr Bundesminister wies darauf hin, daß beide Seiten in der Frage Rüthi vielleicht den Nachweis erbringen könnten, daß Probleme zwischen Staaten, die freundschaftliche Beziehungen unterhalten, in fairer Weise auf der Basis des Rechts gelöst werden können. Auch zwischen Freunden könne es



/.



Probleme geben, für die Freundschaft sei es aber charakteristisch, daß Mittel und Wege zu Lösungen gefunden werden, ohne Emotionen anzuheizen. Er erblicke den Sinn dieser Aussprache darin, Meinungsverschiedenheiten ruhig auszutragen und in die richtige Bahn zu lenken.

Bundesrat GRABER teilte diese Auffassung und stellte fest, daß auch die Schweizer Seite die gleiche Haltung hinsichtlich der Lösung von Meinungsverschiedenheiten einnehme.

Gegenseitigkeit in Amtshaftungssachen  
 Amtshilfe in Verwaltungssachen

Der Herr Bundesminister schlug vor, die Frage der Gegenseitigkeitsvereinbarung in Amtshaftungssachen und des Vertrags über Amtshilfe in Verwaltungssachen außerhalb dieser Besprechungen zwischen Ges.Dr.NETTEL und Botschafter Prof. Dr.BINDSCHEDLER unmittelbar zu behandeln.

Raumordnung

Vom Herrn Bundesminister aufgefordert, erklärte Min.Rat Dr.ZUK über die Frage der Raumordnung, daß man österreichischerseits einen engen persönlichen Kontakt mit den zuständigen Schweizer Persönlichkeiten auf Bundesebene in dieser Frage anstrebt. Grundsätzlich falle die Raumordnung in Österreich in die Zuständigkeit der Länder. Es gebe jedoch zahlreiche Maßnahmen der Bundesregierung, die die Raumordnung beeinflussen. Im Hinblick auf den föderalistischen Aufbau beider Länder erschiene ein Erfahrungsaustausch mit der Schweiz zweckmäßig.

Bundesrat GRABER erklärte, an diesem Vorschlag Interesse zu besitzen; er wies jedoch darauf hin, daß man sich österreichischerseits keine Illusionen über den Wert der bisherigen schweizerischen Erfahrungen machen soll. Er werde das Aide-Memoire an die zuständigen Schweizer Stellen weiterleiten.

Der Herr Bundesminister meinte dazu, daß man die Frage der Raumordnung auch unter dem Titel der regionalen Zusammen-





arbeit behandeln könnte.

KSZE  
Nach Behandlung dieser bilateralen Fragen schnitt der Herr Bundesminister als erste multilaterale Frage die KSZE an. Er meinte dazu einleitend, daß die Zusammenarbeit zwischen der österreichischen und der schweizerischen Delegation in Helsinki recht gut funktioniert habe. Überhaupt seien die Neutralen bei der KSZE sehr präsent gewesen.

Bundesrat GRABER stimmte dem bei. Die Neutralen hätten eine Rolle gespielt, die die Erwartungen allgemein übertrafen habe. Man habe die Unterstützung, die Österreich der schweizerischen Delegation gewährt habe, sehr geschätzt und er wolle sich für sie bedanken. Über die bisherigen Ergebnisse äußerte Bundesrat GRABER seine Zurückhaltung. Es sei zwar zweifellos einiges erreicht worden, doch seien noch einige Fragen unklar, so z.B. die Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen etc. und in militärischen Fragen trete man am Ort. Die österreichische Initiative hinsichtlich Korb 2 sei schweizerischerseits sehr geschätzt worden. Die Schweiz sei jedoch gegen das von der Sowjetunion und einigen NATO-Ländern ausgearbeitete Dokument betreffend Korb 3. Die darin enthaltenen Formulierungen seien wenig befriedigend, zu nebulos, man könne zweifeln, ob die Sowjetunion überhaupt nachgegeben hat, vor allem bei der Fassung des Souveränitätsbegriffes.

Der Herr Bundesminister erklärte, daß die bisherigen Gespräche in Helsinki ein Block-zu-Block-Gespräch verhindert haben und man individuell verhandelt habe. Dabei seien, ohne daß man sich abgesprochen hätte, die im Europarat erarbeiteten Auffassungen über Recht und Demokratie vertreten worden. Bedauerlich sei die Haltung der Vereinigten Staaten, die sich so wenig am Erarbeiten der Konferenzresolutionen beteiligt hätten. Man könne dies nur damit erklären, daß die

/.



- 5 -

Vereinigten Staaten entweder an den Ergebnissen der Konferenz nicht interessiert seien, oder aber daß sie sich darüber bereits mit der Sowjetunion geeinigt haben.

Über die Beweggründe der Sowjetunion hinsichtlich der Entspannungspolitik führte der Herr Bundesminister aus, daß China wohl nur das kleinere Motiv darstelle. Wirtschaftliche Erwägungen seien ein stärkeres Motiv. Dies sei insoferne beruhigend, als wirtschaftliche Motivationen im allgemeinen länger andauerten als rein politische. Man könne annehmen, daß mit der Sicherheitskonferenz ein Entspannungsprozeß fortgesetzt wird, der auf weitere Sicht andauern wird. Die Hoffnungen der kleineren Staaten auf mehr Sicherheit seien dadurch allein allerdings nicht erfüllt worden, da eine Deklaration mehr keinerlei Plus an Garantie für mehr Sicherheit gebe. Die diversen "Confidence building measures", wie z.B. Einladung zu Manövern, Information über Truppenbewegungen etc., seien freundliche Gesten, die nichts kosten, aber angesichts der technologischen Entwicklung relativ bedeutungslos seien. Eindrucksvoller wären positive Ergebnisse der MBFR-Verhandlungen. Eine ausgewogene Verminderung des Militär-Potentials könnte man als Anzeichen dafür werten, daß man von der Abschreckungstheorie abrücke und eine Vertrauensbasis begründe. Österreich sei an der Herstellung einer gewissen Bindung zwischen Korb 1 und der MBFR interessiert.

Zu Korb 2 führte der Herr Bundesminister aus, daß er in der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet eine Basis für eine Verbesserung des menschlichen Verkehrs erblicke, die effektiver sein könnte als Korb 3. Wenn die wirtschaftliche Bindung zu einer dauernden und gegenseitigen werde und nicht nur die Abhängigkeit Westeuropas von sowjetischem Rohmaterial bedeute, könne ihr vielleicht eine



MINISTERIUM /

ähnliche Rolle zukommen wie seinerzeit der Montanunion zwischen Frankreich und Deutschland. Darin liege die politische Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Voraussetzung hierfür sei allerdings eine gegenseitige wirtschaftliche Verästelung.

Zu Korb 3 führte der Herr Bundesminister aus, daß die reservierte Haltung der Schweiz zu dem "anonymen Papier" bekannt sei. In der Substanz sei dieses Papier jedoch gar nicht so schlecht und Österreich habe in ihm keine Formulierung, die beanstandenswert wäre, gefunden. Die österreichische Delegation habe daher die Weisung erhalten nicht dagegen aufzutreten. Hinsichtlich Korb 4 müsse man noch sehen, ob gemeinsame Auffassungen erzielbar seien.

Der Herr Bundesminister unterstrich, daß es entscheidend sei, daß die demokratischen Staaten auch in den Kommissionsarbeiten so sehr an ihren Prinzipien festhalten wie bisher, umsomehr als die kommunistischen Länder dort versuchen könnten, verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Bundesrat GRABER stellte die Frage, welche Motive die Sowjetunion habe. Es sei nicht auszuschließen, daß sie beabsichtige, die öffentliche Meinung in einigen westlichen Ländern einzuschläfern: Unerklärlich sei es, warum die Sowjetunion angesichts ihrer wiederholten Bereitschaft zur Zusammenarbeit selbst kleine Gesten verweigere. Sicherlich seien wirtschaftliche Motive der Sowjetunion wichtig, man dürfe aber nicht vergessen, daß z.B. die Chinesen von einer echten Angst vor der Sowjetunion erfüllt seien. Bundesrat GRABER meinte, daß hier ein Paradoxon vorliege. Man müsse sich fragen, wie man zur Sowjetunion Vertrauen haben könne. Die Sowjetunion brauche die wirtschaftliche Zusammenarbeit, sie werde aber durch diese wirtschaftliche Zusammenarbeit





- 7 -

nur gestärkt. Wie könne man die wirtschaftliche Interdependenz begründen? Vorläufig bestehe nur die Hoffnung, daß eine derartige Interdependenz hergestellt werden könne. Praktisch werde westliche Technologie für sowjetische Rohstoffe geliefert.

Die diversen Vorschläge der Vereinigten Staaten an die NATO-Staaten im Zusammenhang mit den MBFR-Verhandlungen (10 %-ige Truppenreduktion, 15 %-ige Reduktion der Truppen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten etc.) bezeichnete Bundesrat GRABER als nicht sehr beruhigend.

Der Herr Bundesminister erklärte, daß er die Gedankengänge Bundesrat GRABERS über die öffentliche Meinung teile. Die Prinzipien unserer Gesellschaftsordnung dürften nicht preisgegeben werden, sie sollten vielmehr gerade in einer Periode der Detente stärker hervorgehoben werden. Die Schweiz und Österreich haben diesbezüglich hinreichend Standfestigkeit bewiesen. In manchen anderen Ländern wäre dies aber sehr nützlich.

Neue Atlantik-  
charta

Der Herr Bundesminister schnitt daraufhin das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und die von Kissinger unterbreiteten Vorschläge betreffend eine neue Atlantik-Charta an. Österreich zähle zu den wenigen westeuropäischen Ländern, deren Regierung selbst in Augenblicken, wo es nicht leicht war, sich zur amerikanischen Politik zu bekennen, darauf hingewiesen habe, daß die Existenz eines freien Europas den Vereinigten Staaten zu verdanken ist. Österreich wisse, daß es auch seine wirtschaftliche "Schaufenster-Funktion" den Vereinigten Staaten verdanke. Andererseits mache sich Österreich jedoch über die Politik und den inneren Zustand der Vereinigten Staaten und ihre Auswirkungen auf Europa gewisse Sorgen.



- 8 -

Die Krankheiten der amerikanischen Gesellschaft haben zu einer moralischen Diskriminierung des westlichen Gesellschaftssystems in der Dritten Welt geführt. Kleinere Länder, wie z.B. Österreich und die Schweiz, hätten nun eine gewisse Aufgabe zu zeigen, daß gesunde Staatswesen auf dem westlichen demokratischen Gedankengut aufgebaut werden könnten.

Bundesrat GRABER stimmte zu und erklärte dann, daß man in der Schweiz einem guten Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten große Bedeutung beimesse. In letzter Zeit hätten Vertreter der Schweiz in Kontakten mit amerikanischen Staatsmännern die Erfahrung gemacht, daß sich sämtliche amerikanischen Gesprächspartner immer wieder auf die von Kissinger vertretenen Ideen beziehen. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen offensichtlich ihre Probleme mit allen ihren Handelspartnern global zu lösen.

Der Herr Bundesminister führte zur Frage der neuen Atlantik-Charta des weiteren aus, daß es interessant sei, wie rasch die Vertreter der BRD negativ auf Kissingers Vorschläge reagiert hätten. Der von Minister Scheel geäußerten Meinung, daß Kissingers Ideen bereits tot seien, könne er allerdings nicht beipflichten. Interessant sei auch die freundlichere Haltung Großbritanniens und seine positive Aufnahme der Vorschläge Kissingers (mit Ausnahme jener, die sich auf den monetären Bereich beziehen). Die Frage des Herrn Bundesministers, ob die Schweiz amerikanischerseits hinsichtlich der Vorschläge Kissingers um Stellungnahme angesprochen worden sei, verneinte Bundesrat GRABER.

Nahost-Krise

Der Anregung des Herrn Bundesministers folgend, erklärte Bundesrat GRABER über seinen Eindruck von seinem jüngsten Besuch in Ägypten, daß er seinen Besuch in Tel Aviv von der Reise nach Kairo zeitlich getrennt habe, um nicht als Vermittler zu gelten. Von dem Wunsch der Ägypter nach

/.



Frieden sei er beeindruckt gewesen, gleichzeitig sei ihm aber völlig klar geworden, daß die von beiden Streitparteien gestellten Bedingungen völlig unvereinbar seien. Ägypten wende sich immer mehr Europa zu und beklage sich über die ungerechte Einschätzung seiner Politik durch Westeuropa. Es sei richtig, daß Ägypten im letzten Jahr wesentliche Konzessionen gemacht habe, z.B. in der Frage der Anerkennung der Integrität und Souveränität Israels. Ägypten sei jedoch fest entschlossen, kein Stück seines Territoriums aufzugeben. Bundesrat GRABER deutete an, daß sich vielleicht in dieser Frage irgendwo ein Kompromiß in dem Sinn finden lassen könnte, daß israelische Truppen auf einem Territorium verblieben, über welches die Souveränität Ägyptens anerkannt werden würde. Die Ägypter seien der Meinung, daß sich Israel eines Tages in 10, 20, 50 und mehr Jahren, dem arabischen Übergewicht werde fügen müssen. Die diversen ägyptischen Vorstellungen über das Palästina-Problem ließen praktisch nur eine Teilung für möglich erscheinen. Niemand wage es, eine realistische Lösung für die Lösung des Palästina-Problems vorzuschlagen. Nach Zayat's Meinung habe Israel einen großen Fehler begangen, indem es die Existenz eines palästinensischen Volkes nicht anerkenne.

Einer Öffnung des Suez-Kanals als vorläufige Lösung stehe Ägypten absolut ablehnend gegenüber. In Ägypten glaube man nämlich, daß eine derartige temporäre Lösung unvermeidlich einen definitiven Charakter annehmen würde.

Bundesrat GRABER habe den Eindruck, daß die Ägypter nicht mehr an die Möglichkeit glauben, eine Lösung des Nahost-Konflikts könne im Rahmen der UNO oder durch die Jarring-Mission erzielt werden. Ägyptischerseits habe man zu verstehen gegeben, daß die Appelle Ägyptens an Europa ernst



genommen werden sollten. In diesem Zusammenhang sollte man das von arabischer Seite ins Spiel gebrachte Druckmittel einer neuen Erdölpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten nicht ganz außer acht lassen. Diese Politik könnte allenfalls auch Europa gegenüber angewandt werden.

Zur Union Ägyptens mit Libyen meinte Bundesrat GRABER, daß sie als irreversible Tatsache angesehen werden müßte. Vielleicht seien dafür wirtschaftliche Aspekte maßgebend. Unklarheit bestehe über die künftige Rolle Gadaffis; man könne jedoch mit Sicherheit annehmen, daß er sich nicht ins Privatleben zurückziehen werde.

Die Belastungen, die Ägypten aus der Aufrechterhaltung einer Armee von 600.000 Mann erwachsen, seien auf die Dauer nicht zu tragen. Andererseits sei die Situation so, daß die Regierung vielleicht ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Zustandes habe.

Der Herr Bundesminister dankte für die von Bundesrat GRABER gegebene Übersicht, aus der er entnehme, daß sich die Situation in Ägypten seit seinem Besuch im vorigen Mai nicht sehr geändert haben dürfte. Ägypten befinde sich in einer gewissen Zwangssituation. Es habe nach dem Bruch mit der Sowjetunion erwartet, daß Europa mehr in Erscheinung treten würde, und sei nun enttäuscht und empfinde dies als einen Fehlschlag seiner Politik. Europa habe eine Chance verschlafen. Es sei dies auch der Grund gewesen, warum Österreich gewünscht habe, die Frage des Nahen Ostens auf die Tagesordnung der KSZE zu setzen. Österreich sei der Meinung, daß Europa mehr Interesse an den Ländern dieser Region dokumentieren sollte. Man müsse sich über das Ziel des ägyptischen Antrages im Sicherheitsrat fragen; möglicherweise beabsichtige Ägypten damit nur nachzuweisen, daß die Vereinten Nationen nicht effektiv seien. Die Alter-



- 11 -

native dazu wäre allerdings nur der Krieg. Dies aber dürfe man nicht unterschätzen. Andererseits sei es denkbar, daß Ägypten wieder Zeit gewinnen möchte und Argumente gegenüber dem eigenen Volk und anderen arabischen Staaten benötige. Jedenfalls ergäben sich dadurch für Österreich im Hinblick auf seine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat gewisse Konsequenzen.

POST



NEUBAU

MARKT